

## INHALT

1. Die Finanzierung des baulichen Masterplans für das UKSH steht
2. Plenardebatte lässt Zweifel an Überparteilichkeit der GEW aufkommen
3. Erfolgreiche Inklusion in Schleswig-Holsteins Schulen
4. In der Arbeitsmarktpolitik muss jetzt sehr zielgerichtet gefördert werden
5. CCS-Länderklausel erhält "Qualitätssiegel" durch Frank-Walter Steinmeier
6. Agrarpolitische Sprecher aller Landtage zu Gast in Schleswig-Holstein

16.09.2011

### Die Finanzierung des baulichen Masterplans für das UKSH steht Zukunft des UKSH gesichert



Daniel Günther, MdL

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen hat der Schleswig-Holsteinische Landtag heute „grünes Licht“ für die Sanierung der Liegenschaften des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein gegeben. Der Landtag bittet die Landesregierung, das Vergabeverfahren schnellstmöglich einzuleiten.

„Über Jahrzehnte hinweg wurde das UKSH dermaßen stiefmütterlich behandelt - vollkommen unangemessen angesichts der Bedeutung, die dieser Maximalversorger in der Krankenversorgung und Dienstleister für Forschung und Lehre in Schleswig-Holstein besitzt. Erst mit Eintritt der CDU in die Landesregierung wurde in einem ersten Schritt das Defizit reduziert“, erklärte dazu der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Daniel Günther.

Bereits 2009 habe allerdings die Landesregierung festgestellt, dass eine relevante Beteiligung

des Landes an den Baumaßnahmen des UKSH nicht möglich ist und stattdessen privates Kapital benötigt wird.

Günther betonte noch einmal die Ziele der CDU-Fraktion im Zusammenhang mit der Sanierung des UKSH:

Sicherung von Forschung und Lehre für die Universitäten in Kiel und Lübeck, Erhaltung der Qualität und Quantität des Angebots des UKSH als alleiniger Maximalversorger in Schleswig-Holstein, Entlastung für den Landeshaushalt, und Sicherung der Arbeitsplätze an den Hochschulen und am UKSH selbst.

Im Hinblick auf das ursprünglich geplante Protonentherapiezentrum verteidigte Günther Wissenschaftsminister Jost de Jager gegen Kritik der Opposition: „Den Vertrag zwischen Siemens und Landesregierung hat Jost de Jager noch als Staatssekretär klug ausgehandelt: Die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Anlage und damit das finanzielle Risiko wurden dem privaten Partner aufgebürdet“, so Günther. Sonst kritisiere die Opposition immer, dass private Partner Gewinne einstreichen und Verluste verstaatlicht werden. In diesem Fall habe de Jager dafür gesorgt, dass dies nicht passiert: „Die Kritik ist deshalb bloße Oppositionspolemik“, so Günther.

Zum Antrag von CDU und FDP:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1834.pdf>

Zum Faktenzettel der Landesregierung:

[http://schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/1025980/publicationFile/Faktenzettel\\_UKSH.pdf](http://schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/1025980/publicationFile/Faktenzettel_UKSH.pdf)

---

## **Plenardebatte lässt Zweifel an Überparteilichkeit der GEW aufkommen** **Kein Streikrecht für verbeamtete Lehrer**



Astrid Damerow, MdL

Bereits mehrfach hatten die Streiks verbeamteter Lehrer den Schleswig-Holsteinischen Landtag beschäftigt. Nun legte die LINKE Fraktion noch einmal nach. Sie forderte ein Streikrecht für alle Beamte, die nicht zum Sicherheitsbereich zählen und die Einstellung aller Disziplinarverfahren gegen Lehrer, die am Streik teilgenommen hatten.

Für die CDU-Fraktion begründete Astrid Damerow die Ablehnung des Antrags: „Die Haltung des Deutschen Grundgesetzes und die des Bundesverfassungsgerichts zum

Beamtenstreik sind klar: Er ist verboten!“, so die Innenexpertin. Der Antrag fordere für die Beamten ein Recht, das der überwiegende Teil unserer Beamten gar nicht möchte. Denn es würde Beamten mit sehr unterschiedlichen Rechten ausstatten, Beamte erster und zweiter Klasse.

„Der Deutsche Beamtenbund hat dazu ganz klar Stellung bezogen und lehnt ein Streikrecht für Beamte ab. Denn würde Ihrem Antrag gefolgt, wäre dies der Beginn der Abschaffung des Beamtentums“, betonte Damerow.

Ein pikantes Detail brachte eine Zwischenfrage der Grünen Abgeordneten Anke Erdmann an den Antragsteller Björn Thoroe (LINKE) ans Licht. Er offenbarte, der Antrag sei vorab mit der GEW abgestimmt worden.

---

## **Erfolgreiche Inklusion in Schleswig-Holsteins Schulen Viele Maßnahmen von der Landesregierung ergriffen**



Heike Franzen, MdL

Der Schleswig-Holsteinische Landtag diskutierte heute den Bericht der Landesregierung zur landesweiten Umsetzung der Inklusion in der Schule. Inklusion beschäftigt sich mit der Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen. Inzwischen werden in Schleswig-Holstein über die Hälfte der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht mehr gesondert an Förderschulen unterrichtet.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen, betonte in ihrer Rede die Erfolgsbilanz der Inklusion in Schleswig-Holstein. Es seien erfreulich viele Maßnahmen ergriffen, um Inklusion in der Schule und in den Kindergärten umzusetzen. „Besonders wichtig ist mir dabei die Einbeziehung der Inklusion in die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie der Lehrkräfte“, betonte die Abgeordnete.

Für eine erfolgreiche Inklusion bedürfe es der engen Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und den Eltern. „Das ist der Weg, um die Einbahnstraße zu verlassen, die nach dem Besuch einer Förderschule automatisch in die Unterbringung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderungen mündet“, betonte Franzen, die selbst eine lernbehinderte Pflgetochter hat.

Besonders erfolgreich sei das Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt. In den so genannten „Flexklassen“ werden Schülerinnen und Schüler aus Hauptschulklassen und Förderschulklassen

gemeinsam auf den Hauptschulabschluss und den Berufseinstieg vorbereitet. „Damit ist es gelungen, die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss von 2005 noch rund 10 % auf 6,9 % im letzten Jahr zu senken“, so Franzen.

Im Artikel 7 der UN- Behindertenrechtskonvention heißt es, dass bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt sei, der vorrangig zu berücksichtigen ist. „Das heißt“, so die Bildungsexpertin, „wenn wir jungen Menschen mit Behinderungen die bestmöglichen Ausbildungsmöglichkeiten mit auf den Weg geben wollen, dann kann das nur gehen, indem es individuelle Möglichkeiten der Beschulung gibt. Dazu gehört für die CDU-Fraktion nicht nur die Inklusion sondern gegebenenfalls auch die intensive sonderpädagogische Beschulung in einem Förderzentrum.“

Den Bericht der Landesregierung zur landesweiten Umsetzung der Inklusion in der Schule finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1500/drucksache-17-1568.pdf>

---

### **In der Arbeitsmarktpolitik muss jetzt sehr zielgerichtet gefördert werden Opposition stimmt in weiten Punkten mit CDU und FDP überein**



Werner Kalinka, MdL

„Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich seit 2005 nachhaltig verbessert. In Schleswig-Holstein gab es seinerzeit rund 180.000 Arbeitslose, jetzt liegt die Zahl unter 100.000. Diese sehr erfreuliche Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diejenigen, die derzeit keine sichere Arbeitsstelle haben, es nicht einfach haben, Arbeit zu finden“, so der Abgeordnete Werner Kalinka in der Debatte des Landtages über die Arbeitsförderung.

Hintergrund: Die Bundesregierung will mit einem "Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt", das am 1. April 2012 in Kraft treten soll, Erwerbslose schneller und effizienter in Arbeit vermitteln.

Die Koalitionsfraktionen im Kieler Landtag begrüßten den Ansatz der Bundesregierung, starke Anstrengungen darauf zu richten, Langzeitarbeitslosen zielgerichteter zu helfen. „Die Bundesregierung hat in der Arbeitsmarktpolitik veränderte Akzente gesetzt. Mehr Freiheit vor Ort für die Job-Center und der Vorrang der Vermittlung in den regulären Arbeitsmarkt sind richtige Schritte“, so Kalinka.

Zielgerichtete, finanziell sichtbare Unterstützungen müssten nach Auffassung der CDU- und

FDP-Landtagsfraktionen vor allem dem dritten Ausbildungsjahr in der Altenpflege zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, den Berufsorientierungsmaßnahmen für schwerbehinderte junge Menschen, niedrigschwelligen Maßnahmen für Lernwerke und Werkstattschulen, der Berufseinstiegsbegleitung beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf, sowie der Existenzgründern zugute kommen.

Kalinka zeigte sich erfreut, dass auch die Fraktionen von SSW, SPD und Bündnis 90/Die Grünen die von den regierungstragenden Fraktionen genannten Maßnahmen unterstützten.

Den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1833.pdf>

Den Antrag der Oppositionsfraktionen finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1821.pdf>

---

### **CCS-Länderklausel erhält "Qualitätssiegel" durch Frank-Walter Steinmeier Landeschef Stegner schweigt zu Steinmeier Vorstoß**

In einem Interview mit der Märkischen Oderzeitung hat der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag und bevorzugte Kanzlerkandidat von SPD-Landeschef Stegner, Frank-Walter Steinmeier, die Einigung zwischen Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und der Bundesregierung auf eine Länderklausel im CCS-Gesetz kritisiert. „Der jetzt vorgelegte Entwurf wird die CCS-Technik eher verhindern als fördern“, so Steinmeier. Niemand könne den Brandenburgern abverlangen, dass sie als einziges Bundesland diesen Weg gehen, während sich 15 andere Länder davon freizeichnen.

Während also Schleswig-Holsteins SPD- Rednerin Marion Sellier gestern noch im Landtag behauptete, die Länderklausel sei "löchrig wie ein Schweizer Käse", kam heute das "Qualitätssiegel" für das Verhandlungsergebnis der Landesregierung durch den Fraktionschef der SPD im Bundestag.

Steinmeier kündigte darüber hinaus an, CCS über die nächsten Bundestagswahlen hinaus verfolgen zu wollen: „Wenn es im jetzigen Verfahren zu keiner Verständigung kommt, wird CCS zu einem Thema für die nächste Bundesregierung werden“, erklärte er gegenüber der Märkischen Oderzeitung.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang: SPD-Landeschef Stegner schweigt. Dazu erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Michael von Abercron: „Stegners Lieblingskanzlerkandidat will CCS auch gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen. Der sonst so wortgewaltige Stegner steht eng an Steinmeiers Seite und schweigt – selbst auf Twitter. Das spricht Bände“.

Das Steinmeier-Interview lesen Sie unter folgendem Link:

<http://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/976229/>

---

### **Agrarpolitische Sprecher aller Landtage zu Gast in Schleswig-Holstein Schleswig-Holsteinische Produkte finden bundesweit Beachtung**

Die diesjährige agrarpolitische Sprechertagung der CDU/CSU-Abgeordneten aus den Bundesländern fand vom 11. bis 13. September in Schleswig-Holstein statt. Auf Einladung des Sprechers der Gruppe, Bernhard Daldrup, und des agrarpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heiner Rickers, besuchten Vertreter aus

13 Bundesländern unser Land. Unter anderem wurde über den Netzausbau diskutiert. Einstimmig votierten die Abgeordneten dafür, diesen ausgleichsfrei zu stellen. Es dürfe hierbei keinen Ausgleich durch Trassenbauer zu Lasten der Landwirtschaft geben.

Auf der am 12. September stattfindenden Fahrt durch Schleswig-Holstein machten die Abgeordneten und ihre teilweise vertretenen Mitarbeiter zunächst Station in Elmshorn.

Mit einer Delegation des Holsteiner Zuchtverbandes, unter Leitung ihres Vorsitzenden Jan Lüneburg sowie des Verbandsgeschäftsführers, Herrn Boley, und ihres Zuchtleiters, Herrn Dr. Nissen, informierten sich die Abgeordneten über die Arbeit und die Schwierigkeiten des Pferdezuchtverbandes. Dieser beklagte sowohl die Gebührenverordnung für Tierärzte, nach der Pferde als „Luxustiere“ betrachtet würden. Das führe zu deutlichen Verwerfungen, wonach Arztleistungen an Pferden zum Teil das Neunfache einer identischen Arztleistung bei Rindern kosten. Die Forderung nach einer angemessenen Relation wurde von Abgeordneten ebenso begrüßt, wie die Beibehaltung des Schenkelbrandes. Nach einer EU-Verordnung sei lediglich der Chip zur eindeutigen Identifizierung, auf Bundesebene auch der Heißbrand als zusätzliche Möglichkeit zugelassen. Das Anbringen eines Brandzeichens erfolge in weniger als einer Sekunde, erzeuge beim Fohlen nicht einmal Stress und sei zudem absolut fälschungssicher. Neben diesem überzeugten weitere Argumente die Abgeordneten davon, bei der Bundeslandwirtschaftsministerin für die Beibehaltung des Schenkelbrandes einzutreten.

Beim anschließenden Besuch der Peter-Kölln-Werke in Elmshorn wurden die Abgeordneten vom persönlich haftenden Gesellschafter, Herrn Prof. Dr. Driftmann, und Herrn Dr. Greiser, als Mitglied der Geschäftsführung, begrüßt. Beide unterrichteten die Abgeordneten in Fachvorträgen sowohl über die Situation der Versorgung mit Rohstoffen (Hafer), und über die Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel. Nach einer intensiven Diskussion zeigten sich die Politiker beeindruckt von der fast 200 jährigen Geschichte des Unternehmens. Auf Grund der demografisch bedingten, mangelnden Wachstumschancen im Land sieht sich das Unternehmen gezwungen, langfristig ausländische Märkte zu erschließen. Zu den bestehenden Kölln-„Flaggschiffen“ im Müsli-Bereich hat die Firma daher inzwischen auch so bedeutende deutsche Traditionsmarken, wie z. B. Biskin, Palmin, Livio oder Poms erworben. Im anschließenden Firmenrundgang konnten sich die Vertreter der anderen Bundesländer vom technisch hohen Stand des 265 Mitarbeiter zählenden Unternehmens mit einem Jahresumsatz von über 80 Mio. Euro überzeugen.

Bei dem Folgetermin in Hemmingstedt wurde das erst seit zwei Jahren bestehende Unternehmen „Vitarom“ besichtigt. Besonders beeindruckt zeigten sich die Abgeordneten von den Dimensionen der dort auf 12 ha durch Nutzung der Abwärme aus der benachbarten Raffinerie in Gewächshauskulturen angebauten Gemüsesorten. Mit einem Investitionsvolumen von 20 Mio. Euro werden dort auf jeweils 45 km Länge Tomaten und Paprika gezogen. Der Einzugsbereich des Unternehmens reicht dabei weit über die Landesgrenze hinaus bis nach Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. In den Zeiten der Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger durch EHEC, im Frühjahr dieses Jahres, hatte das Unternehmen große finanzielle Einbußen, die nur zu einem Siebtel erstattet wurden. 500 Tonnen Gemüse mussten in dem Zusammenhang vernichtet werden.

Den Abschluss fand die Rundreise bei dem Deutschen Milchkontor (DMK) in Hohenwestedt. Unter Leitung von Herrn Dr. Gloy von der Geschäftsführung und Herrn Cordes, dem Leiter Kommunikation sowie dem örtlichen Werksleiter, Herrn Prott, erfolgte eine umfassende Information durch Fachvorträge sowie eine anschließende Diskussion mit einem Werksrundgang.

Die Agrarpolitiker zeigten sich tief beeindruckt von der breiten Aufstellung des DMK und

seiner Präsenz in elf Bundesländern, acht Regionen und 11.000 Betrieben. Dieses sei umso außergewöhnlicher, als dass das Unternehmen erst im April des Jahres gegründet worden sei. Obwohl die Anzahl der Milch produzierenden Betriebe jährlich um 5 – 6 % abnimmt, ist trotzdem ein Wachstum der Milchmengen zu registrieren. Aktuell verfügt das DMK über rund 5.500 Mitarbeiter, sowie 22 Werke mit 5.000 Kunden. Im vergangenen Jahr betrug der Umsatz an allen Standorten 4,3 Mrd. Euro.

Mit dem ARLA-Konzern wird es eine erste Zusammenarbeit des DMK bei der sehr kostenintensiven Molkepulverproduktion in Nordhackstedt geben. Zudem werden seit Mitte August Gespräche über eine weitergehende Zusammenarbeit bei der Milchpulverherstellung am Standort Hohenwestedt geführt. Fusionsabsichten mit ARLA bestehen aber nicht.

Besonders die genossenschaftliche Einbindung der Mitglieder für die Milchmengenplanung nach Auflösung der Milchquote im Jahre 2015 war für die Besucher abschließend ein sehr interessanter Denkansatz.



Die agrarpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)